

Bezugspreis:

Bestellbet. 10.— M., monatl. 10.— M.,
frei ins Haus, wozu zahlbar. Halb-
bezug monatlich 10.— M., erst Zu-
stellungsgeld. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich 10.50 M.,
für das übrige Ausland bei täglich
einmal. Zustellung 11.50 M., Postbe-
stellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz. — Einestromen in
die Post-Verkehrs-Veranstaltung.
Der „Normiert“ mit der Sonntags-
beilage „Welt u. Zeit“ erscheint wochen-
täglich zweimal, Sonntags und Mont-
tags einmal.

Kriegsumw. Verleihs
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die abgeleiteten Komparativregeln
sind: 13.— M., Feuerungsantrag 50%
„Kleine Anzeigen“ das ver-
gebene Wort 1.— M. (gültig für
zwei gebrauchte Worte), jedes weitere
Wort 50 Hg., Stellenangebote und
Schlüsselanzeigen das erste Wort
50 Hg., jedes weitere Wort 40 Hg.,
Worte über 15 Buchstaben zahlen für
zwei Worte, Feuerungsantrag 50%
Familien-Anzeigen für Abonnenten
Seite 2.— M., politische und ge-
werkschaftliche Vereins-Anzeigen
1.— M. die Zeile ohne Zuschlag,
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hausbesitzer, Berlin SW. 1. Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Mittwoch, den 6. Oktober 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Verhandlungen im Elektrizitätsstreik.

Der Streik der 500 Geizer im Kraftwerk Moabit hat das wirtschaftliche Leben und den Verkehr Berlins empfindlich geschädigt. Da auch heute morgen das Kraftwerk am Südufer noch keinen Strom abgeben konnte, so mußten die Fabriken in Moabit, im Norden, im Zentrum schließlich, soweit sie an die Zuführungsfabel des Moabiter Kraftwerkes angeschlossen sind. Den Arbeitern, die zum Teil infolge des Verkehrsstreiks den Weg zur Arbeitshütte hatten zu Fuß zurücklegen müssen, wurde, wie eine Berliner Korrespondenz meldet, bedeutet, daß vor der Hand die Betriebe geschlossen bleiben müssen. Der Ausfall zahlreicher Straßenbahnlinien brachte gestern abend und heute morgen der Stadt- und Ringbahn sowie der Hoch- und Untergrundbahn eine Ueberlastung, daß die Verwaltungen auch nicht entfernt den an sie gestellten Anforderungen gerecht werden konnten.

Heute morgen um 9 Uhr haben zwischen den ausständigen Geizern, dem Verband der Geizer und Maschinenisten und der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke Verhandlungen über Wiederaufnahme der Arbeit begonnen. Im Kraftwerk Moabit sind insgesamt 500 Mann, Kesselheizer, Schmelzwerke, Kohlenförderer und Maschinenisten in den Streik getreten. Die Ausständigen verlangen, wie von und schon heute morgen mitgeteilt, die sechsstündige Arbeitszeit. Wie der Arbeiterrat der Elektrizitätswerke mitteilt, wird die sechsstündige Arbeit für das Personal, das mit der Bedienung zu tun hat, ganz allgemein gefordert. Die Elektrizitätswerke haben sich unter dem Druck der Kohlennot neuerdings auf Brieffeuerung umstellen müssen. Nach Angabe des Arbeiterrates verursacht die Brieffeuerung eine solche Staubeentwicklung, daß es dem Heizpersonal physisch unmöglich sei, in dem Kohlenstaub länger als sechs Stunden zu arbeiten. Weiter erklärt der Arbeiterrat, daß auf sein ausdrückliches Ersuchen hin, die Arbeiter der anderen Berliner Kraftwerke nicht ebenfalls schon in den Streik getreten seien. Der Betriebsrat habe die Direktion der Kraftwerke darauf aufmerksam gemacht, daß das Personal sich mit der von der Direktion vorgeschlagenen siebenstündigen Arbeit aus Gesundheitsrücksichten nicht einverstanden erklären könne.

Bis zum Abschluß der Verhandlungen dürften die jetzt noch mit Strom belieferten Stadtteile Berlins auch weiterhin versorgt bleiben. Die Arbeiter des Kraftwerkes Kummelsburg haben sich dem Streik noch nicht angeschlossen, so daß der vom Kraftwerk Golpa-Tschornowitz kommende Strom, der bekanntlich von Kummelsburg weitergeleitet wird, vorläufig nicht abgegriffen ist.

Auch der Magistrat Berlin wird sich heute vormittag mit dem Streik im Kraftwerk beschäftigen. In sehr unangenehmer Weise hat sich der Streik im Kraftwerk am Südufer auf den Fernsprechanlagen Zentrum und Nordost fühlbar gemacht. Die Netze müßten heute vormittag den Privatbetrieb einstellen, da die Reservebatterien bereits so beansprucht waren, daß der noch zur Verfügung stehende Strom unbedingt zur Erledigung der Dienstsprache reserviert bleiben mußte. Wie die B.S.-Korrespondenz erzählt, hat das Reichswirtschaftsministerium sich bereit erklärt, in den Streik der Geizer und Maschinenisten im Moabiter Kraftwerk vermittelnd einzugreifen.

Im Anschluß an den Streik der Elektrizitätsarbeiter werden allerdings Kombinationen verbreitet, die natürlich mit der größten Vorsicht aufgenommen werden müssen. Obwohl von den Geizern und Maschinenisten wiederholt darauf hingewiesen wurde, daß sie lediglich durch wirtschaftliche Gesichtspunkte zu ihrem Vorgehen veranlaßt worden seien, wird von verschiedenen Seiten die gegenwärtige Bewegung mit politischen Bestrebungen, mit dem Kampf um das Gesetz Groß-Berlin usw. in Verbindung gebracht. Unterstützt werden diese Vermutungen durch Flugblätter, die in der letzten Zeit verteilt wurden, und in denen darauf hingewiesen wurde, daß erst das Gesetz Groß-Berlin den Arbeitern und Angehörigen die Möglichkeit gebe, wirkliche Reformen zu verwirklichen, und daß, wenn die städtischen Betriebe überhaupt nutzbringend arbeiten sollen, ein entscheidender Einfluß der Arbeiter und Angehörigen der Verwaltungen notwendig sei, daß Arbeitnehmersprecher sich und Stimme in den Direktionen erhalten müssen.

Wie gesagt, kann durchaus nicht behauptet werden, daß diese Bestrebungen mit dem Wirtschaftskampf der Elektri-

zitätsarbeiter und Geizer in Verbindung stehen; sollte es aber doch der Fall sein, so hätten gerade die bürgerlichen Kreise alle Ursache, sich wegen ihres Sabotierungsversuchs am Gesekentwurf Groß-Berlin vor die Brust zu schlagen und ihre Schuld zu bekennen, anstatt nunmehr gegen die Arbeitererschaft loszugehen.

Seit heute nacht leidet die Technische Nothilfe den Strom derjenigen Werke, die noch im Betrieb sind, auf andere, außer Betrieb gesetzte, um. Falls es zu keiner Einigung kommt, soll die Technische Nothilfe heute nachmittags um 4 Uhr voll in Aktion treten. Wie weiter mitgeteilt wird, will sich Oberbürgermeister Wermuth selbst ins Mittel legen, um eine schnelle Einigung herbeizuführen.

Die Berliner Verkehrsmittel.

Die Berliner Stadtbahnen und sonstigen Verkehrsmittel zeigen das aus früheren Streiktagen gewohnte Bild. Die Reisenden hängen auf den Trittbrettern der Stadtbahnen, nehmen vielfach auf den Buffets trotz der damit verbundenen Lebensgefahr Platz und die Stationsvorsteher und übrigen Bahnbeamten sind natürlich dem Menschensturm gegenüber machtlos. Die Große Berliner Straßenbahn hat ihren Verkehr bisher auf einigen Strecken aufrechterhalten. Die Wagen verkehren in der Richtung von Weikensee bis Alexanderplatz, von Ostensee durch den Westen, den Sturfürstendamm entlang, bis zum Kollendorferplatz und durch den Tiergarten bis zum Brandenburger Tor. Alle übrigen Linien sind stillgelegt. Das Straßenbahnpersonal unterstützt den Streik jedoch nicht, sondern hält sich arbeitsbereit auf den Bahnhöfen.

Der durch die ausgefallenen Straßenbahnen ins ungeheure gesteigerte Verkehr auf der Hoch- und Untergrundbahn enthält wieder bedenkliche Mängel in der Organisation dieses Instituts. Die Fahrkartenschalter wurden aufs äußerste befüllt, und abgesehen von dem Publikum in endlosen Reihen davor aufgestaut, hielt es die Hochbahnverwaltung doch nicht für notwendig, alle verfügbaren Schalter zu öffnen.

Das Telephonamt Zentrum hat als Folge des Streiks seinen Verkehr gegen mittag vollständig eingestellt. Eine Ausnahme machen zurzeit nur noch dringende Dienstsprache, deren Herstellung aber wegen der mangelnden Stromzuführung auch mit Schwierigkeiten verbunden ist.

Wie wir kurz vor Redaktionsschluss erfahren, besteht Aussicht auf rasche Beendigung des Streiks. Gegenwärtig wird über die Möglichkeit einer Verzögerung der Arbeitszeit in den Elektrizitätswerken verhandelt. Das Reichswirtschaftsministerium hat sich bereit erklärt, zwischen den Parteien zu vermitteln. Zwischen dem städtischen Elektrizitätswerk und den ausständigen Geizern und Maschinenisten des Moabiter Werkes wurden heute vormittag unter dem Vorsitz des Direktors Schierz die Einigungsverhandlungen begonnen. Die Arbeiter der übrigen Elektrizitätswerke verhalten sich abwartend.

Gefährliche Schwächer.

Wenig es noch gelungen ist, positive Mitteilungen über die Ursachen des Berliner Elektrizitätsstreiks zu erhalten, ist die „Deutsche Zeitung“ mit ihrem Urteil bereits fertig und überschreibt ihre Morgenausgabe marktschreierisch „Mitteldeutschland in Berlin!“. Der Eindruck, den man von reaktionärer Seite so oft schon empfangen hat, daß sie nämlich nichts sehnlicher als einen kommunistischen Putsch erwartet, um auf ihm als Fundament die Militärdiktatur einer entschlossenen Offizierskamarilla zu errichten, wird auch in diesem Falle durch das Verhalten des alldeutsch-antifemistischen Junkerblattes in vollem Umfange bestätigt. Die „Deutsche Zeitung“ spricht von einer „Nachprobe der Betriebsräte“, und es wird nicht lange dauern, bis sie über die „Volkswirtschaftsberichterstattung“ in Berlin — innerlich frohlockend — jammert. Die Presse aller Parteirichtungen sollte es in diesem Augenblick als ihre vornehmste Aufgabe ansehen, die Nervosität der Öffentlichkeit nicht durch Kolorierung halblöcher Gerüchte ins Maßlose zu steigern und andererseits durch sinnlose und entstellende Beschimpfungen die Erbitterung der Arbeiterschaft zu schüren, die zu einer für die Brandstifter nicht gerade angenehmen Entladung führen könnte.

Ein wertvolles Eingeständnis. „Enorme Verzerrung, Entwertung des Geldes, Arbeiten des Papiergeldes, das alles sind Folgen des Krieges, und nicht nur bei uns, sondern in allen europäischen Staaten zu finden.“ Diesen richtigen Satz finden wir in einem Münchener Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ vom 2. Oktober; und der ihn gesprochen, ist kein anderer als der Vorsitzende der Bayerischen Landesbauernkammer Dr. Heim. Trotzdem wird wieder bei jeder Gelegenheit von der „Republik“ gesprochen, die unser ganzes Geld vergrubelt habe.

Partei gegen Gewerkschaft.

Die Beschlüsse des französischen Gewerkschaftskongresses werden niemanden überrascht haben, der auch nur oberflächlich die französische Gewerkschaftsbewegung kennt. Um so mehr muß die leidenschaftliche Parteinahme der „Humanité“ gegen den Vorstand des Gewerkschaftsbundes überraschen. Sinter dem Vorstand des Gewerkschaftsbundes, den Foubert, Dumoulin, Werrheim, Baruel, Bruderon usw., steht jedoch die erdrückende Mehrheit der Gewerkschaften. Die Abstimmung auf dem Gewerkschaftskongress hat das wohl gezeigt, aber nicht, in welchem Maße die Führer hier die Mitglieder hinter sich haben. Wenn 1482 für und 691, also ein sechstes Drittel, gegen den Rechenschaftsbericht des Vorstandes gestimmt haben, so dürfte, nach Mitgliedern gezählt, die Opposition viel schwächer sein. Auf den französischen Gewerkschaftskongressen wird nämlich so abgestimmt, daß jedes Syndikat (Zweigverein) eine Stimme hat, gleichviel welches seine wirkliche Mitgliederzahl sein mag. Zu den radikalsten Syndikatslisten gehören aber die südfranzösischen, die wegen ihrer geringen Beitragsleistung und der großen Unbeständigkeit ihrer Mitgliedschaft in die Sorgenkinder aller französischen Gewerkschaften sind. Die verantwortlichen Leiter der Parteiministationen scheinen sich der Gefahren nicht bewußt zu sein, die sie durch ihre Haltung über die französische Arbeiterbewegung heraufbeschwören.

Die jungen Leute, die sich in Frankreich jetzt als bevollmächtigte Parteidiktatoren aufstun — bevollmächtigt von St. Heiligkeit Lenin I. — wissen wahrscheinlich nur sehr wenig von jenen Gefahren und kennen sicher nicht aus eigener Anschauung die verheerenden Folgen des Bruchs zwischen Partei und Gewerkschaften, der 1894 auf dem Kongress von Nantes eintrat und sich während des folgenden Jahrzehnts zur Klust erweiterte. Sie werden sich vielleicht nicht einmal gefragt haben, wieso es komme, daß die floristen Köpfe der Gewerkschaften nicht einmal Mitglied der sozialistischen Partei sind. Aber Cachin, auf dessen Schultern die Nachfolgerschaft von Jaurès lastet und der ja selbst Mitglied der einstigen guesdistischen Partei war, wird sich jener traurigen Zeit noch erinnern, wo die Mitglieder der Partei in den Gewerkschaften sehr spärlich geist und unter den Gewerkschaftsfunktionären noch viel spärlicher waren. Wo es genügt, als Mitglied der sozialistischen Partei bekannt zu sein, um in den Gewerkschaften einem dreifach gegangerten Mißtrauen zu begegnen. Von seiner guesdistischen Vergangenheit scheint Cachin jedoch nur den effluvischen Fanatismus bewahrt zu haben.

Während die „Humanité“ den Schwältern der Gewerkschaftsbewegung das weiteste Mitspracherecht gewährt, hält sie es für taktisch richtig, auf die Zweite Internationale loszugehen, die „Internationale des Verrats“, wie D. Renault schreibt. Mit Verlaub. Die Internationale konnte während des Krieges nicht „verraten“, weil sie überhaupt nicht in Aktion treten konnte. Und zwar konnte sie nicht in Aktion treten, weil die sozialistische Partei Frankreichs, zu deren bekanntesten Mitgliedern die Cachin und Renault damals schon gehörten, es zu verhindern verstand. Cachin war ja nicht das erstemal in Moskau. Vor drei Jahren war er gleichfalls nach Rußland geschickt worden. Damals mit dem Auftrage, die Russen zum Kriege aufzustacheln! Die „Internationale des Verrats“ hatte uns aber zur Pflicht gemacht, alles zu tun, um eine schnelle Beendigung des Krieges herbeizuführen. Wenn also von Verrat in der „Humanité“ gegenüber der Internationale gesprochen werden soll, dann lehre man zunächst vor der eigenen Lüre. Daß man im Hause des Gehängten nicht vom Stricke reden soll, ist ja auch ein französisches Sprichwort.

Es war da große Verdienst Jaurès', daß er in der „Humanité“ wie in der Gesamttätigkeit der Partei alles tat, um selbst den Anschein eines Zwiepalts zwischen Partei und Gewerkschaften nicht aufkommen zu lassen. Und dieser edle und umfassende Geist ging dabei so weit, daß er gegen seine intime Neigung sich zum Vertreter von Ideen machte, die in den französischen Gewerkschaften Deimatrecht hatten. Wir denken dabei besonders an die Generallireiderei. Wie sehr unterschied er sich hierin von Guesdel! Was dieser geschieden hatte, Jaurès verstand es schließlich wieder auszugleichen. Nun aber sind wieder die verjährten guesdistischen Methoden in Gebrauch. Das Resultat einer solchen Taktik kann nicht anders sein als es vor einem Vierteljahrhundert war. Damals stützte sich die Partei noch auf eine Minderheit der Gewerkschaften und trieb es zur Spaltung. Was darauf gefolgt ist, haben wir oben angedeutet. Aber wer von den leitenden Personen der französischen Partei denkt heute, was gestern war und was morgen sein wird? —

Der Januskopf der Volkspartei.

Die Weimarer Resolution der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, die sich im Gegenatz zu den völksparteilichen Ministern Dr. Heinze, v. Raumer und Scholz gegen die Sozialisierung des Bergbaus ausdrückt, legt die rechtsstehende Presse in einige Verlegenheit. Unglaublich ist es aber, wenn sich die „Tägliche Rundschau“ bei dieser Gelegenheit das Kunststück leistet, den Kabinettsbeschluss vom 22. September, „den Reichswirtschaftsminister zu beauftragen, auf der nun vorliegenden Grundlage des Berichts der Sozialisierungskommission umgehend den Entwurf eines Gesetzes über die Sozialisierung des Bergbaus vorzulegen“, ganz einfach aus der Welt zu debattieren. Sie schreibt:

„Das Reichskabinett hat niemals die Sozialisierung des Kohlenbergbaus beschlossen, und die völksparteilichen Minister haben ihm niemals zugestimmt. Das „Wolffsche Telegraphenbureau“ hat allerdings seinerzeit eine Nachricht verbreitet, die einen solchen Irrtum begünstigt, wenn nicht geradezu hervorrief; aber diese Tendenznachricht, über deren Ursprung man sich noch wird unterhalten müssen, war falsch und auf Irreführung der Öffentlichkeit berechnet. Das Kabinett hat lediglich die Vorlage eines Kohlenbergbaugesetzes beschlossen, den beiden Vorschlägen der Sozialisierungskommission aber nicht zugestimmt, und die völksparteilichen Minister haben ebensowenig wie andere Mitglieder des Kabinetts sich auf eine Sozialisierung des Bergbaus festgelegt.“

Wenn die Meldung des W. V. vom 23. September wirklich auf einem Irrtum beruht, warum läuft man dann erst heute gegen diese bewusste Irreführung der Öffentlichkeit Sturm? Diese Angelegenheit war doch wichtig genug und die Herren Heinze, Raumer und Scholz, denen die Meldung nicht unbekannt bleiben konnte, hatten die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, sofort nach Veröffentlichung des amtlichen Berichts mit einer Berichtigung vor die Öffentlichkeit zu treten. Sie haben geschwiegen. Sie haben geschwiegen wie die Deutsche Volkspartei, und auch auf der Weimarer Tagung ist die Richtigkeit der amtlichen Wolkspartei nicht mit einem Wort angezweifelt worden. Wenn also die „Tägliche Rundschau“ nachträglich den Beschluss des Kabinetts in sein Gegenteil verandelt, so macht sie sich ihrerseits einer Irreführung der öffentlichen Meinung schuldig. Wir erklären noch einmal ausdrücklich, der Beschluss des Reichskabinetts vom 22. September wurde einstimmig gefasst. Sämtliche drei Minister der Deutschen Volkspartei, Dr. Heinze, v. Raumer und Scholz hatten ihm zugestimmt. Dr. Heinze und v. Raumer haben sich also, indem sie der Weimarer Resolution zustimmten, eines Doppelspiels schuldig gemacht, das dadurch nicht aus der Welt geschafft wird, wenn man sich bemüht, die klaren Beschlüsse des Reichskabinetts umzudeuten. Auch wir halten es für notwendig, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Aber in anderem Sinne als die „Tägliche Rundschau“. Es wird notwendig sein, festzustellen, welches Spiel die Deutsche Volkspartei mit dem Finanzminister und mit dem deutschen Volke treibt.

Man sabotiert das Recht!

Als der Militärputsch am 18. März einsetzte, da schossen diejenigen, die sich zu künftigen Führern des deutschen Volkes berufen fühlten, nur so aus der Erde. Die Hoffnung, im „neuen Deutschland“ einen Ministerposten von dem mit Hoheitsmienen die Portfeuille verteilenden Herrn „Reichskanzler“ Kapp zu erlangen, war so groß, daß man alle verfassungsmäßigen Bedenken, alle Furcht vor der Heiligkeit des Eides und ähnliche „Sentimentalitäten“ beiseite ließ, und nur die eine Sorge kannte: sich den „neuen Männern“ recht gefällig zu erweisen. Als die Sache dann anfang schief zu gehen, tauchten diese „Volkführer“ einer nach dem andern in die Versenkung und sah da: eines schönen

Hans Frank: Godiva.

Staatliches Schauspielhaus.

Das mittelalterliche Herrentrecht, das dem adligen Eigentümer von Grund und Boden gestattete, zusammen mit den ersten Früchten seiner Erde und seiner Wäme auch die Jungfrauenblüte seiner Untertanen zu nehmen, soll ein Stück der Weltrevolution zerstört haben. Der Aufstand, der aus den südlischen Polen des Menschenleibes in die kühleren Gebiete des Nordens emporleuchtete, hat aber bei dem sehr engländischen Dichter Beaumarchais nicht genügt, um ein Trauerspiel zu befruchten. Aus seiner Wut auf dieses Herrentrecht machte Beaumarchais allein seine unsterbliche Komödie von „Figaros Hochzeit“. Lachen, lässliche Lust, Neugier, die vor Lust klinken, und trotzdem Generalmarsch des Aufstandes gegen alle Gewalttäter bis zu den himmlischen Heerscharen hinauf, das ist alles Folge dieses herren Figaro.

Hans Frank nimmt den Kampf gegen dieses Herrentrecht sehr fraglich. Deshalb muß sein Spiel von Lady Godiva bis zum bescheidenen Ende allein durch die sehr geladene Sprache eines hohen Dramas erfüllt sein. Die Legende von der Lady Godiva ist sadistisches Mittelalter. Der Lord verlangt die Jungfernschaft, die ihm das Sonnenwendfest an einer Bürgerstochter gewährt. Die Bürger jammern und wollen sich loskaufen. Der Lord will aber die Jungfrau. Damit den Bürgern ihr Klagen belohnt und die Unerbittlichkeit des Lords gebrochen werde, tut die Lady, was ihr Ehelohn verlangt. Splitternackt reitet sie durch ihre Stadt. So etwas fordert im Zeitalter der Rinde die Gatten von ihren Gattinnen. Es war eine liebreiche, aber etwas versuchte Zeit. Nach der englischen Sage haben alle Untertanen der Burg Coventry sich versetzt, um die nackte Lady nicht zu sehen. Nur ein Schneiderlein schlug die vorwipigen Blicke auf, und es wurde blind.

Frank, ein Dichter, der den Hebbelstil und auch die Strindbergische Geschlechtsstragik erlebt hat, sagte sich 1920, daß der Lord nicht ohne Ursache ein Sadist geworden sein kann. Er verrät bald, daß der Lord es wurde, weil seine Gattin ihm festlich alles verjagt, was sie ihm lieblich schenkt. Es ist ein Alles und ein Nichts in dieser Liebe. Der Lord läßt die Lady mit Qual und Todesplänen ziehen, und er schreit trotzdem nach ihrer Opferung. Daß er mit all seinen Mannen in die Wälder flieht, um auf dem Weg der Schmach nicht zu stehen, ist natürlich. Daß er zum Wächter dessen, daß alles trotzdem nach seinem Willen geschehe, einen etwas abseitigen, frauenfremden deutschen Vetter einsetzt, ist eine Tat zur Erhöhung der freiwilligen Selbstqual. Denn es kommt sehr bald an den Tag, daß gerade dieser blasse Vetter, Lady Godiva unendlich liebt.

Die Lady reitet. Sie rechtfertigt ihres Herren Sadismus, da sie mittelalterliche Einfachheit und Aufopferung, da sie von dem groß-

artigen, erbaumungswürdigen Geschlecht jener Frauen ist, die am meisten lieben, wenn sie am meisten gemartert werden. Die mittelalterlichen Troubadours haben ein ganzes Heer von solchen Heldinnen erfunden. Sie kehrt zurück. Wäre eine Berechtigung auf Erden, die Tragödie müßte hier erst anfangen. Sie endet aber mit Verhöhnung, wie es der gürtige Richter Hans Frank bedichtet. Und jene Schlafammerfreunden, die in der großen Szene der Abrechnung so deutlich geschildert waren, werden wieder beginnen, ohne daß die „Seele“ diesmal zu kurz kommt. Die Jungfrauenrechte ist gerettet. Keiner ist gekraft außer dem armen deutschen Vetter, der nur ein wenig geschieht hat und darum erfindet.

Hans Frank sucht nicht das Seelen- und Gebanzenreich von morgen. Seine Fruchtbarkeit wirkt schüßend und erhaltend. Hebbel, Strindberg, große Namen, verführerische Namen, Namen, die zur Partheit verleiten. Partheit tritt ein, wenn die lebendige Persönlichkeit unsicher wird. Spitzfindigkeit tritt ein, wenn die Gedanken jraucheln.

Johanna Hofer besitzt nicht nur Jugend, von Lady Godiva zu spielen. Die Tragik, die sie erwecken kann, trotz zunächst ihrem Gefühl. Der Regisseur, der manches Entscheidende versteht, hätte ihr nur an einigen Stellen die Einsicht in das dichterische Wort klarer machen sollen. Theodor Beder spielt den enttäuschten, aus Verzweiflung graufamen Lord weniger feiner als der Dichter wohl möchte. Er verliert häufig nicht nur den Sinn, er überstürzt; auch ein Talent, das vor dem Publikum behütet werden muß. Lothar Müffel, der deutsche Vetter, entsprach einem Wilde, das höfischen Rinturen entzückend nachgeahmt war. Gebärde und Rede dieses Künstlers passen gut zu solcher Farbenzart.

Mag Hochdorf.

Das abgebrühte Publikum. Bei einer Aufführung von „Toska“ in der Londoner Oper erregte eine junge Dame in einer Loge die allgemeine Aufmerksamkeit. Die während der großen Follierungszene mit aller Gewürstruhe Schokolade aß und von den entscheidenden Vorgängen auf der Bühne nicht im geringsten berührt zu sein schien. Im Anschluß an diese Erscheinung beschäftigten sich englische Blätter mit der „Abgebrühtheit“ des Publikums, die in London immer deutscher hervortritt. „Die Schokolade essende Dame ist nur ein typischer Vertreter des modernen Publikums“, erklärte ein genauer Kenner der Psychologie des Theaterpublikums. „Der durchschnittliche Theaterbesucher ist in einem Grade gleichgültig und bumschmäuzig geworden, wie man es früher nicht für möglich gehalten hätte. Vielmehr sind es die furchtbaren Dinge, die fast alle während des Krieges erlebt haben, die traurigen Erregungen des eigenen Herzens, die gegen Kummer und Qualen der Bühne abgestumpft haben. Vielleicht mag auch das Kino mit seinen Schauderspielen dazu beigetragen haben, daß man die Leiden auf der Bühne nicht mehr ernst nimmt und sich über die tragischen Seldern der Kunst lustig macht. Jedenfalls ist das Publikum von einer kaum zu überstreichenden Abgebrühtheit.“

Bolschewistische Arbeitsfreiheit.

Wie es mit dem Grundrecht der Arbeiter — der Freizügigkeit — in Sowjet-Rußland aussieht, das zeigt ein Beschluss, den der 9. Kongreß der bolschewistischen Partei Rußlands im April 1920 in Moskau gefaßt hat und den wir einer in Wien erscheinenden Sammlung der Kongreßbeschlüsse (Verlag der Arbeiterbuchhandlung) entnehmen. Er lautet: XV. Arbeitsdesertion.

In Anbetracht dessen, daß ein erheblicher Teil der Arbeiter, auf der Suche nach besseren Verpflegungsbedingungen, nicht selten aber auch zu Zwecken der Spekulation, eigenmächtig die Unternehmen verläßt und von einem Orte an den anderen übersteilt, wodurch der Produktion weitere Schäden zugefügt werden und die allgemeine Lage der Arbeiterklasse verschlechtert wird, sieht der Kongreß eine der dringendsten Aufgaben der Sowjet-Macht und der Gewerkschaftsorganisationen im planmäßigen, systematischen beharrlichen, strengen Kampfe mit der Arbeitsdesertion, im besonderen durch Veröffentlichung von Straflisten der Deserteure, durch Schaffung von Strafkommandos aus Deserteuren und endlich durch Einsperren der Deserteure in ein Konzentrationslager.

Der Arbeiter, der sich eine bessere Arbeitsstelle zu suchen wagt, wandert hinter Stacheldraht! Dieser Beschluss genügt eigentlich, um die Frage zu erklären, ob die aus Rußland Heimgekehrten bei der Schilderung des bolschewistischen „Paradieses“ übertrieben haben.

Oberbayernd U. S. V. für Moskau. Die Kreisversammlung der U. S. V. D. Oberbayernd hat in namentlicher Abstimmung mit 44312 Stimmen den Beschluss gefaßt, die Moskauer 21 Bedingungen anzunehmen.

Den besten Beisatz für diese Stumpfsheit der Londoner bietet das „Grand-Guignol“-Theater, eine Spezialitätenbühne für Schauerdramen, die von Paris nach der englischen Hauptstadt verpflanzt worden ist. Während im Pariser „Grand Guignol“ laute Schredensschrige die einschüßlichen Vorgänge auf der Bühne begleiten und das Publikum in wilde Aufregung gerät, sieht sich der Brit diese Schauhäufigkeiten ganz behaglich an. Nachdem auf der Bühne ein Wühler sein treuloses Weib in eine Säule eingemauert und dem Lebendigbegrabenwerden überantwortet hat, sieht man beim Aufkommen der Blätter nur strahlenbergartige Miemen im Publikum, so schillernd ein Besucher die Wirkung. Im Coventry-Theater wurde bei einem trionischen Stück, in dem gräßliche Szenen mit großer Realist gefeiert wurden, laut gelacht, und das Publikum amüsierte sich vorzüglich.

Nicht anders ist es im Konzertsaal; selbst die Musik scheint an diesen gepanzerten Herzen des heutigen Albion abzuprallen. Bei einer Aufführung der Sinfonie Beethovens stritten verschiedene Damen ruhig weiter, und das Klappern ihrer Korbchen begleitete rühmend die Musik. Wenn man in London noch ein wirklich ergriffenes und erschüttertes Publikum sehen will, so muß man nach den kleinen Vorstadtbühnen gehen, wo das Volk noch mitfühlt mit den tragischen Helden und bei ihren Schmerzen weint.

Eine Dostojewski-Morgensfeier findet im Neuen Volkstheater am 10. Oktober um 11^{1/2} Uhr statt. Mitwirkende: Rose Liechtenstein, Fräulein Koloff, Hans Hochberger.

Theater. Am Kelling-Theater geht am Freitag Semil Abens „Beer Hunt“ mit Theodor Toos als Beer Hunt, Una Rosen als Selma und Ilka Gräming als Kate in Szene. — Quers 1515 ist im vom 1. November an für das Deutsche Theater auf mehrere Jahre verpflichtet worden.

Die Christlichernot und Schiller-Stiftung. Der Reichspräsident hat im Hinblick auf die Notlage in den Kreisen der Schriftsteller der Deutschen Schiller-Stiftung aus dem Dispositionsfonds eine jährliche Beihilfe von 5000 M. gewährt.

Die Große Volksober gibt zwei erste Konzerte in der Neuen Welt, Gelsenbeide: einen Wagnerabend am 8. Oktober, abends 7^{1/2} Uhr, mit dem Hüllharmonischen Orchester, und die Aufführung der Neuntzen Sinfonie Beethovens am 12. Oktober, abends 7^{1/2} Uhr, mit dem Bläser-Orchester und dem Berliner Volkschor.

Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht veranstaltet vom 11. Oktober bis 7. Dezember 20 einen Lehrgang für Jung- und Altlehrer und Kriegsteilnehmer aus Volksschulkreisen, wähernd durch die Geschäftsstelle Potsdamer Str. 120.

Das Ernst-Hädel-Museum in Jena wird am 31. Oktober eröffnet. Mit der Feier ist die Beilegung der Äsche Ernst Hädels und die Enthüllung eines Denkmals verbunden.

Theaternot. Die Stadt Köln rechnet für das abgelaufene Betriebsjahr der beiden städtischen Bühnen mit einem Fehlbetrag von 3 Millionen Mark gegen 1 000 470 M. der Spielzeit 1918/19. Nachdem schon längst alle Loffen des Theaterbetriebs von der Stadt getragen werden, soll jetzt auch formell die Uebernahme der Theater auf die Stadt erfolgen und die Stelle des Direktors in die eines Intendanten oder Generalintendanten umgewandelt werden.

„Eine heilige Pflicht.“

Das neue Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale konstituierte sich in Moskau befanntlich am 7. August und hielt alsbald den Kongreß ab, an dem von deutscher unabhängiger Seite Crispian, Dittmann, Däumig und Stoeker teilnahmen. Wiederholt nahmen wir Gelegenheit, über den Verlauf des Kongresses Mitteilung zu machen. In der „Pravda“, dem offiziellen Organ der russischen bolschewistischen Partei, wird nunmehr ein Tätigkeitsbericht zum Abdruck gebracht, aus dem einiges Interessante wiedergeben sei:

Befanntlich wurde von dem russischen Exekutivkomitee der Ausschluß der „Sozialverräter“ Kautsky, Silberding usw. gefordert. Hiermit glaubten sich die Führer des rechten Flügels Crispian und Dittmann nicht einverstanden erklären zu können. Wörtlich heißt es hierzu in der „Pravda“:

Crispian und Dittmann wiesen auch darauf hin, daß diese Fragen eine Spaltung in der U. S. V. D. hervorrufen könnten. Darauf antworteten die Genossen Sinowjew und Radek. Genosse Sinowjew bemerkte beiläufig, daß es Situationen gebe, bei welchen die Spaltung heilige revolutionäre Pflicht sei und daß die U. S. V. D. entweder gesäubert werden oder sich spalten müsse. In diesem Sinne wurde ein Aufruf an die U. S. V. D. beschlossen.

So sehr sich auch die russische Auffassung von der westeuropäischen in allen den Sozialismus betreffenden Fragen unterscheidet, so wird doch auch mancher, der auf allerhand von Moskau gefaßt ist, sich nicht wenig über diese neue Pflicht eines „Revolutionärs“ verwundern. Wir waren bisher immer der Ansicht, daß die erste revolutionäre Pflicht in der Zusammenfassung aller proletarischen Streitkräfte bestehe, und daß jede Zersplitterung dieser Kräfte die Gesamtkraft des Proletariats außerordentlich gefährde. Aber Lenin ist anderer Ansicht, und so wird von seinen Nachbarn in Deutschland der Ruf nach einer Befestigung mißliebiger Parteigenossen sobald nicht verstummen.

Koalitionskrise in Bayern.

München, 6. Oktober. In Bayern ist eine Koalitionskrise entstanden. Die Koalitionsparteien des Landtages sind nämlich von der neuen Erklärung der Bayerischen Volkspartei über ihre Bamberger Programmpunkte nicht befriedigt. Die Demokraten haben ein Schreiben an den Ministerpräsidenten gerichtet mit der Bitte um Auskunft, ob er sich an die Bamberger Programmpunkte bei seiner Regierungsbildung gebunden erachtet oder nicht. Die Fraktionsführer der Bayerischen Mittelpartei und des Bayerischen Bauernbundes haben sich ebenfalls gegen das Bamberger Programm der Bayerischen Volkspartei erklärt und es als einen Verstoß gegen die Koalitionsvereinbarungen bezeichnet.

Gesteigerte Förderung im Ruhrrevier.

Die Kohlenförderung im Ruhrrevier im Monat September stellte sich einschließlich der linksrheinischen Becken nach den vorläufigen Berechnungen an 26 Arbeitstagen (26 Arbeitstage im Vormonat) auf 7,59 Millionen Tonnen (7,20 Millionen Tonnen im Vormonat), das ist arbeitstäglich 291 940 Tonnen (280 445 Tonnen). Die Steigerung dieser Biffern läßt darauf schließen, daß die Zahl der Ueberschichten im Ruhrgebiet im September zugenommen hat.

Einigung in Riga?

Riga, 6. Oktober. (D. E.) In Anbetracht dessen, daß nunmehr in allen Hauptpunkten zwischen der polnischen und russischen Delegation im wesentlichen ein Einvernehmen erzielt worden ist, haben die beiden Vorkommanden der Delegationen, Joffe und Dombösi, heute um 7 Uhr 40 Min. abends ein Protokoll unterzeichnet, welches festsetzt, daß bis Freitag die Unterzeichnung des Waffenstillstands- und Präliminarfriedensvertrages zu erfolgen hat.

Den besten Beisatz für diese Stumpfsheit der Londoner bietet das „Grand-Guignol“-Theater, eine Spezialitätenbühne für Schauerdramen, die von Paris nach der englischen Hauptstadt verpflanzt worden ist. Während im Pariser „Grand Guignol“ laute Schredensschrige die einschüßlichen Vorgänge auf der Bühne begleiten und das Publikum in wilde Aufregung gerät, sieht sich der Brit diese Schauhäufigkeiten ganz behaglich an. Nachdem auf der Bühne ein Wühler sein treuloses Weib in eine Säule eingemauert und dem Lebendigbegrabenwerden überantwortet hat, sieht man beim Aufkommen der Blätter nur strahlenbergartige Miemen im Publikum, so schillernd ein Besucher die Wirkung. Im Coventry-Theater wurde bei einem trionischen Stück, in dem gräßliche Szenen mit großer Realist gefeiert wurden, laut gelacht, und das Publikum amüsierte sich vorzüglich.

Nicht anders ist es im Konzertsaal; selbst die Musik scheint an diesen gepanzerten Herzen des heutigen Albion abzuprallen. Bei einer Aufführung der Sinfonie Beethovens stritten verschiedene Damen ruhig weiter, und das Klappern ihrer Korbchen begleitete rühmend die Musik. Wenn man in London noch ein wirklich ergriffenes und erschüttertes Publikum sehen will, so muß man nach den kleinen Vorstadtbühnen gehen, wo das Volk noch mitfühlt mit den tragischen Helden und bei ihren Schmerzen weint.

Eine Dostojewski-Morgensfeier findet im Neuen Volkstheater am 10. Oktober um 11^{1/2} Uhr statt. Mitwirkende: Rose Liechtenstein, Fräulein Koloff, Hans Hochberger.

Theater. Am Kelling-Theater geht am Freitag Semil Abens „Beer Hunt“ mit Theodor Toos als Beer Hunt, Una Rosen als Selma und Ilka Gräming als Kate in Szene. — Quers 1515 ist im vom 1. November an für das Deutsche Theater auf mehrere Jahre verpflichtet worden.

Die Christlichernot und Schiller-Stiftung. Der Reichspräsident hat im Hinblick auf die Notlage in den Kreisen der Schriftsteller der Deutschen Schiller-Stiftung aus dem Dispositionsfonds eine jährliche Beihilfe von 5000 M. gewährt.

Die Große Volksober gibt zwei erste Konzerte in der Neuen Welt, Gelsenbeide: einen Wagnerabend am 8. Oktober, abends 7^{1/2} Uhr, mit dem Hüllharmonischen Orchester, und die Aufführung der Neuntzen Sinfonie Beethovens am 12. Oktober, abends 7^{1/2} Uhr, mit dem Bläser-Orchester und dem Berliner Volkschor.

Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht veranstaltet vom 11. Oktober bis 7. Dezember 20 einen Lehrgang für Jung- und Altlehrer und Kriegsteilnehmer aus Volksschulkreisen, wähernd durch die Geschäftsstelle Potsdamer Str. 120.

Das Ernst-Hädel-Museum in Jena wird am 31. Oktober eröffnet. Mit der Feier ist die Beilegung der Äsche Ernst Hädels und die Enthüllung eines Denkmals verbunden.

Theaternot. Die Stadt Köln rechnet für das abgelaufene Betriebsjahr der beiden städtischen Bühnen mit einem Fehlbetrag von 3 Millionen Mark gegen 1 000 470 M. der Spielzeit 1918/19. Nachdem schon längst alle Loffen des Theaterbetriebs von der Stadt getragen werden, soll jetzt auch formell die Uebernahme der Theater auf die Stadt erfolgen und die Stelle des Direktors in die eines Intendanten oder Generalintendanten umgewandelt werden.

1894, 8. Oktober. (C. C.) Auf der gestrigen zweiten geselligen Sitzung des Hauptausschusses, über die anfangs teilweise irrtümliche und widersprechende Meldungen verbreitet wurden, wies Dombski auf den Widerspruch hin, der zwischen der Erklärung Joffes und dem Beschlusse des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees in Kowlau bestehe. Dieser Beschlusse hatte sich bekanntlich dafür ausgesprochen, die Frage der Selbstbestimmungsrechte hinauszuschieben und sie nicht unter die Bedingungen des Waffenstillstandes aufzunehmen. Dombski schlug vor, als Grundlage der weiteren Verhandlungen ausschließlich die Deklaration des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees und die polnische Friedensdeklaration zu betrachten. Joffe bestritt in seiner Antwort, daß ein Widerspruch zwischen den verschiedenen russischen Erklärungen bestehe. Er betonte, daß er in der entscheidenden Ablehnung der polnischen Delegation, die ostgalizische Frage zu behandeln, ein Merkmal der imperialistischen Denkungsart erblicke. Zum Schlusse gab Joffe die Erklärung ab, daß auch er die Verhandlungen genau auf Grund der Erklärung des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees führe, womit die wesentlichste Schwierigkeit beiseite geräumt ist.

Wiederholungen, die auch von anderer Seite bestätigt werden, steht eine Meldung der „Berlingske Tidende“ gegenüber, nach der die polnische Delegation die neuen Friedensbedingungen der Bolschewisten abgelehnt hat.

Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ hat der Moskauer Sowjetrat mit Dreiviertelmehrheit beschlossen, mit General Wrangel in Friedensverhandlungen einzutreten. Nach einer Drahtung aus Helsingfors soll der bekannte russische Reitergeneral Budjenny mit einem Teil seiner Truppen sich von den Sowjetverbänden losgelöst haben, um sich mit dem ukrainischen Heerführer Petljura gegen die Räteregierung zu wenden. Eine Stockholmer Drahtung meldet zunehmende Demoralisation der südrussischen Sowjetarmee und wiederholt die Krisennotrichten aus dem Inneren Rußlands in verstärkter Form. Die Möglichkeit dieser Nachrichten kann nicht nachgeprüft werden, von ihnen auf eine Krise der russischen Regierung zu schließen, wäre jedenfalls verfrüh.

Die Wiedergutmachungsfrage.

Brüssel, 6. Oktober. Spand-Neuter verbreitet folgende Meldung: Ueber die nächste Zusammenkunft von Delacroix und Lloyd George in London erfahren wir, daß Lloyd George dem Vorschlage, die Deutschen durch die Wiedergutmachungskommission zu hören und auf diese Weise ein neues Verfahren an die Stelle der Konferenz in Genf treten zu lassen, nicht günstig gegenübersteht.

Seit einiger Zeit bereits machten sich in belgisch-französischen Kreisen Bestrebungen geltend, die Wiedergutmachungsfrage dem internationalen Nachbereich der Genfer Konferenz zu entziehen und sie zu einer privaten Angelegenheit zwischen Frankreich und Deutschland zu machen. Es war zu erwarten, daß England gegen diese Lösung der Frage protestieren würde. Im Zusammenhang hiermit ist eine halbamtliche Meldung von Bedeutung, in der es heißt:

Die Meldung, daß in Berlin verhandelt werden wird, trifft nicht zu. In Paris werden zurzeit einige Probleme der Aus- und Einfuhr erörtert, die aber nur den Charakter von Vorbesprechungen haben und rein technischer Natur sind.

Was den in der erwähnten Zeitungsnote hervorgehobenen Wunsch der Pariser Kreise anlangt, der Wiedergutmachungskommission eine besondere Rolle zuzuteilen und zunächst die Lage in Deutschland zu untersuchen, so sind dies die bekannten Gesichtspunkte, die von französischer Seite schon seit längerer Zeit geltend gemacht worden sind. Vorläufig kommen in der Frage der Festsetzung der von Deutschland auf Grund des Versailler Friedens zu leistenden Beiträge überhaupt keine Verhandlungen von Regierung zu Regierung in Betracht, sondern es handelt sich ausschließlich um die Fällungnahme technischer Sachverständiger zur Vorbereitung des Bodens für eine internationale Konferenz. In weiteren Kombinationen bieten diese Vorbesprechungen keinen Anlaß.

Groß-Berlin

Der Ueberfall auf den Generaldirektor.

Der an dem Generaldirektor der Victoria-Versicherungsgesellschaft Gerstenberg im August v. J. in Karlsbad verübte räuberische Ueberfall soll nun in einem in diesem Monat beginnenden Schwurgerichtstagung unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dransfeld seine Sühne finden. Wegen räuberischer Erpressung und Freiheitsberaubung werden sich der Automobilkünstler Karl Heumann und der Reisende Franz Thiele zu verantworten haben. Der Fall hat sich etwa wie folgt abgespielt: Ein gewisser Rathes, der als Angestellter der Victoria wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten entlassen und in Geldschwierigkeiten geraten war, hatte in Erfahrung gebracht, daß Direktor Gerstenberg sich in Karlsbad zur Erholung befand. Im Verein mit dem ihm bekannten Heumann und Thiele wickelte er einen Krawall nach, und die drei führten unter Begleitung eines Chauffeurs nach Karlsbad, wo sie im Hotel „Kaiser Karl“ zwei Zimmer für mehrere Tage mieteten. Am Tage nach der Ankunft erschien dann in der Villa Gerstenbergs der Angestellte Thiele und bat ihn, wegen einer geschäftlichen Besprechung nach dem Hotel zu kommen, wo ein Bekannter auf ihn war. Der Nichtbekannte folgte der Aufforderung; kaum hatte er jedoch das Hotel betreten, als Thiele plötzlich die Tür hinter sich schloß und ihm eröffnete, daß er verschiedene Schriftstücke unterschreiben müsse. Als sich G. entschieden weigerte, traten aus dem Nebenzimmer Heumann und Rathes — letzterer durch eine kleine Brille, gelbe Gesichtsmaske und ein den Rest des Kopfes verhüllendes schwarzes Tuch unkenntlich gemacht, herein. Unter gewalttätigen Drohungen wurde Direktor Gerstenberg gezwungen, nach Diktat eine Anweisung an die Deutsche Bank in Berlin auf Zahlung einer Summe von 1 1/2 Millionen Mark an den Ueberbringer auszustellen. Kaum hatten die Verbrecher diesen Schein in Händen, als sie die Fensterläden herunterstießen und G. befahlen, sich ruhig zu verhalten, in 24 Stunden würden sie mit dem Auto wieder von Berlin zurück sein; bis zur Abbedung müsse er unter Bewachung des Thiele im Zimmer bleiben. Nach Abfahrt der übrigen ging Thiele auf einen Augenblick in das Nebenzimmer; in diesem Augenblicke glückte es Gerstenberg, an das Fenster zu springen, die Jalousie aufzuheben und aus dem Fenster des ersten Stockes auf einen Rasenvorsprung zu fliehen. Im ersten Augenblicke hielt das vorbeikommende Publikum ihn für einen Geisteskranken, bis sich der Vorfall aufklärte und er mittels einer Leiter herabgeholt wurde. Durch die Karlsbader Polizei wurde die Berliner Behörde benachrichtigt, und es gelang sehr bald, Heumann und den zunächst verschwundenen Thiele zu verschaffen. Auch Rathes wurde bald darauf auf der Grunewaldbahn verhaftet, ohne daß es ihm gelungen war, von der Deutschen Bank das Geld auf die erpreßte Anweisung hin zu erhalten. Er schoß sich auf der Polizeiwache eine Kugel in

Erster Kongress der Betriebsräte Deutschlands.

Zweiter Verhandlungstag.

Der Vorsitzende Grafmann eröffnet die Sitzung kurz nach 9 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest Schaumburg-Berlin eine längere Erklärung der Fraktionen der U. S. V. und der A. P. D. Dieselbe protestiert gegen die Ausführungen, die der Vorsitzende Aufhäuser gestern gegen die Rede des russischen Gewerkschaftsvertreeters Losowsky gemacht hat. Die Leitung habe damit gezeigt, daß sie nicht unparteiisch sei. Die Fraktionen der U. S. V. und der A. P. D. seien mit den Ausführungen Losowskys einverstanden und gewillt, den Kampf der russischen Genossen für die Weltrevolution zu unterstützen. Diese Erklärung wurde von der Mehrheit mit Unwillen und Schlußrufen, von der Minderheit mit Beifall aufgenommen.

Vor. Grafmann erklärt sich mit den gestrigen Ausführungen Aufhäusers vollkommen einverstanden. Es sei notwendig gewesen, die Angriffe Losowskys

gegen die deutschen Gewerkschaften zurückzuweisen. Aufhäuser habe seine Pflicht erfüllt, indem er die Würde des Kongresses wahrte. (Beifall der Mehrheit, Widerspruch der Minderheit.)

Dieser Zwischenfall zeitigte eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Mehrere Redner der Opposition stimmen der von Schaumburg verlesenen Erklärung zu und greifen die Leitung des Kongresses heftig an. — Redner der Mehrheit treten diesen Ausführungen entgegen, billigen die Haltung der Leitung und verlangen, daß die praktische Arbeit des Kongresses nicht durch solche Auftritte, wie sie die Opposition ins Werk gesetzt hat, gestört werde. In diesem Sinne äußert sich auch der Vorsitzende Grafmann, der ersucht, solche Demonstrationen zu unterlassen, da sonst die Geschäfte des Kongresses nicht erledigt werden könnten. Ein Redner der Opposition tritt hierauf auf und beantragt, daß die Vorsitzenden Grafmann und Aufhäuser abgesetzt und zwei Vorsitzende aus den Reihen der Betriebsräte gewählt werden. (Unruhe und Widerspruch.) Ein Redner der Mehrheit bezeichnet es als einen Skandal, daß sich hier eine Opposition gebildet habe, die in solcher Weise auftritt, daß man sich

vor der Welt schämen müsse. (Beifall und Widerspruch.) Großen Värm riefen die Ausführungen eines Oppositionsredners hervor, der den Kongress als eine von Gnaden der Gewerkschaftsbureautätie zusammengelassene Versammlung bezeichnete. — Dem Zwischenfall wurde schließlich ein Ende gemacht durch einen mit allen gegen wenige Stimmen gefassten Beschluß, die Geschäftsordnungsdebatte abzubrechen und zur Tagesordnung überzugeben. — Mit demselben Stimmenverhältnis wurde dann der Antrag auf Abhebung der beiden Vorsitzenden abgelehnt. (Starker Beifall.) Die Abstimmung zeigte, daß hinter dem demonstrativen Vorstoß der Opposition nur etwa 50 Delegierte stehen.

Umbreit wünscht eine Erklärung abzugeben gegen Ausführungen, die Losowsky gestern gegen das „Korrespondenzblatt“ des Gewerkschaftsbundes gemacht hat. — Der Kongress, vom Vorsitzenden Grafmann gefragt, ist gegen die Entgegennahme der Erklärung, Umbreit verzichtet auf das Wort.

Mitglieder der U. S. V. geben durch den Mund des Vorsitzenden Grafmann die Erklärung ab, sie wüßten nichts von der durch Schaumburg verlesenen Erklärung.

Vor. Grafmann gibt bekannt, daß im Vorraum eine Deputation der Arbeitslosen

erschieden ist, die verlangt, mit beschließender Stimme am Kongress teilzunehmen. Die Deputation geht aus vom Reichsarbeitslosenrat. Sie droht, wenn ihr Verlangen abgelehnt werden sollte, werde eine Demonstration der Arbeitslosen veranstaltet werden, die in den Saal eindringen werde. (Lebhafte Unruhe und Widerspruch.)

Auf Vorschlag des Vor. Grafmann wird beschlossen, einem Vertreter des Reichsarbeitslosenrates zu einer Erklärung das Wort zu geben.

Schmidt-Berlin, Vertreter des Reichsarbeitslosenrates, führt aus, die Regierung sei unfähig, irgend etwas Positives für die Erwerbslosen zu schaffen. Deshalb wollten die Arbeitslosen dem Kongress ihre Anträge unterbreiten, denn die Betriebsräte hätten die Pflicht, den Arbeitslosen zu helfen, indem sie die Kontrolle in den Betrieben übernehmen und die Sabotage der Unternehmer verhindern. Der Kongress sei verpflichtet, etwas Positives für die Arbeitslosen zu tun. Die Arbeitslosen verlangen den

wirtschaftlichen Anschluß Deutschlands an Ausland und energische Sozialisierungsmahnahmen. Die Diktatur des Proletariats müsse verwirklicht werden. Auf andere Weise sei das Elend der Arbeitslosen nicht zu beseitigen.

den Kopf und starr im Krankenhaus. Die Angeklagten haben bisher kein Geständnis abgelegt, sondern behaupten, Mathes habe ihnen vorgespielt, er habe gegen die Victoria Geldansprüche in der erwähnten Höhe und müßte diese mit Gewalt einziehen.

Gemeinsamer Tod.

Liebestragödie in der Brangelstraße. Die Tragödie einer älteren Frau, die von der Leidenschaft zu einem jungen Mann erfaßt worden war, fand gestern einen blutigen Abschluß.

In der Brangelstraße 24 wurde gestern nachmittags die 45 Jahre alte Witwe Auguste Kaiser, geborene Ritsche, mit einem jungen Mann erschossen aufgefunden. Frau Kaiser, die im dritten Stockwerk des Vorderhauses wohnte, unterhielt Beziehungen zu dem jungen Mann, der sich August Linnewehr nannte und seit einiger Zeit bei der Witwe unangemeldet aufhielt. Diese hatte nun in Erfahrung gebracht, daß ihr Geliebter von Dohrnud aus zur Verbüßung einer längeren Strafe festbrieflich gesucht wurde. Sie trug sich deshalb mit der Absicht, sich von dem jungen Mann zu trennen. Er war auch schon zwei Tage abwesend gewesen, kehrte aber gestern wieder zurück. Eine Bekannte im Hause, die nachmittags Einlaß begehrte, ließ die Wohnung öffnen. Nun fand man beide erschossen auf. Frau Kaiser lag im Bett, der junge Mann mit durchschossener Schiefe neben dem Bett auf dem Fußboden. Nach dem Befund hat dieser zuerst die Witwe und dann sich selbst erschossen. Die Leichen wurden, nachdem ein Arzt den Tod festgestellt hatte, beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe übergeführt.

Aufsichtsrat gegen Betriebsrat.

Der Aufsichtsrat der Großen Berliner Straßenbahn, der einweisen bis zur Bildung der maßgebenden Körperschaften im neuen Berlin die Geschäfte auftragsgemäß weiterführt, trat Dienstag zu seiner vorläufiglich letzten Sitzung unter dem Vorsitz des Prof. Dr. Ing. Giese zusammen. An der Sitzung nahmen auch Vertreter des Betriebsrates der Großen Berliner Straßenbahn teil. Der Aufsichtsrat hatte zu der Forderung des Personals auf grundsätzliche Gleichstellung mit den Arbeitern der Stadt Berlin Stellung zu nehmen, die nach längerer Aussprache bewilligt wurde. Dabei nahm der Aufsichtsrat Veranlassung, das unberechtigte Vorgehen des Betriebsrates der Großen Berliner Straßenbahn, der über den Kopf der Direktion hinweg Anordnungen an das Personal in bezug auf die Neuregelung der Dienstzeit erlassen hatte, einstimmig zu

Der Kongress müsse die Frage der Erwerbslosen auf die Tagesordnung setzen. Wenn er das nicht tue, habe er gar keinen Wert und die Arbeitslosen würden gegen den Kongress sein. (Beifälliger Beifall.)

Vor. Grafmann erklärt: wir alle sind daran interessiert, daß die Arbeitslosen ausreichend unterstützt werden und für Arbeitsgelegenheit gesorgt werde. Zur Besprechung der Frage der Arbeitslosigkeit würde die Zeit des Kongresses nicht ausreichen, doch könnten Anträge entgegenkommen werden zur Übermittlung an die zuständigen Stellen. Daß wir alle den Arbeitslosen helfen wollen, darüber sind wir einig. (Zustimmung.)

Auf Vorschlag von Aufhäuser und Grafmann wird beschloffen, die Diskussion über das Arbeitslosenproblem zu verbinden mit der Diskussion über die Reserate von Wissell und Hilferding.

Die Vertreter des Reichsarbeitslosenrates nehmen an den Verhandlungen teil.

Neuere-Meinung erstattet den Bericht der Mandatprüfungskommission.

Der Kongress ist besucht von 658 Delegierten. Ob sie alle Betriebsräte sind, konnte nicht festgestellt werden. Es sind die Betriebsräte von 45 Organisationen vertreten. Den Landarbeitern stehen 200 Mandate zu, sie sind aber nur durch 32 Delegierte vertreten. Von einer so starken Vertretung einer einzelnen Berufsgruppe kann keine Rede sein. Die Kommission beantragt, alle Mandate anzuerkennen, mit Ausnahme eines Mandats, das aus formalen Gründen abzulehnen sei. Der Kongress stimmt diesem Antrage zu.

Diskussion über die Reserate von Wissell und Hilferding

eröffnet. Damit wird die Besprechung der von der Arbeitslosenvertretung eingereichten Anträge verbunden.

Kiel Dortmund (Bergarbeiter) schildert die Verhältnisse der Bergarbeiter und sagt, durch die Sabotage der Unternehmer werde die Kohlenförderung künstlich niedergehalten. Das Arbeitsgerät sei in so schlechtem Zustande, daß die Arbeitsmöglichkeit nur zum Teil ausgenutzt werde. Der Redner befragt die Vollsozialisten des Bergbaues, die Arbeiter wollen zur Durchführung des Spa-Abkommens tun, was sie können, aber sie wollen nicht hungern, um den Ansprüchen des Auslandes zu genügen. Hunderttausende von Arbeitslosen könnten beschäftigt werden, wenn die Kultivierung des Deutlandes in Angriff genommen werde.

Dattke-Hamburg (Eisenbahner) führt aus, das Defizit der Eisenbahn werde fälschlich auf die Arbeitslosigkeit der Arbeiter zurückgeführt. Richtig sei dagegen, daß die Preise der Materialien auf das Zwölffache, die Eisenbahntarife um das Fünffache gestiegen seien und gleichzeitig sei der Verkehr bedeutend zurückgegangen. Das ermöglichte aber nicht, daß die Zahl der Arbeiter verringert werde.

Die bürokratische Verwaltung

habe das Eisenbahnmaterial fast bis zur Unbrauchbarkeit heruntergewirtschaftet. Wenn die Betriebsräte die Anschaffung von Werkzeug und Maschinen beantragen, werde es abgelehnt. Aber später, wenn die Räder auf das Wechsfache gestiegen sind, werden die Sachen angeschafft. Die Tätigkeit der Betriebsräte werde durch die Verwaltung behindert. Wenn nicht die Bürokraten durch Sachmänner ersetzt werden, könne es nicht besser werden. Um den Arbeitslosen Arbeitsgelegenheit zu schaffen, müssen die Doppelleistungen beseitigt werden. (Beifall.)

Schreiber-Berlin bezeichnet es als die heiligste Pflicht der Betriebsräte, nicht in die Köpfe der Arbeiter zu tragen, damit bessere Zustände herbeigeführt werden. Um die Volksbildung zu heben, müsse die Einheitschule eingeführt werden. Die Besessenen mühen nicht mehr in der jetzt üblichen Weise, sondern in Lehrwerkstätten ausgebildet werden. Die Gewerkschaften mühen sich in Verbindung mit den Betriebsräten auf Klassenaktionen vorzubereiten.

Quandts-Chemnitz spricht gegen die Arbeitsgemeinschaften, da diese nur den Kapitalismus stärken. Wir fordern die Eiderung der proletarischen Existenz. Sie kann uns in der kapitalistischen Wirtschaft nicht gewährt werden. Die Wirtschaft kann nicht wieder aufgedrückt werden mit den Mitteln eben dieser kapitalistischen Gesellschaft. Dazu sind andere Wege zu beschreiten. Die Vollsozialisten muß durchgeführt werden. Um den Kapitalismus zu überwinden, müssen wir die politische Macht erringen. Dem gesamten kapitalistischen Staatswesen müssen wir schärfsten Kampf ansagen. Die Betriebsrätegesetz ist eine Fessel, die uns in der Durchdringung unserer Forderungen hindert. Die Einheit des Proletariats kann nicht von einem Kongress wie diesem durchgeführt werden. (Beifall bei der Minderheit.)

Die im Vorraum wartende Delegation der Arbeitslosen wird mit beschließender Stimme zugelassen. Die Diskussion wird fortgesetzt.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

mihbilligen. Nachdem der Betriebsrat die Erklärung abgegeben hatte, daß sein Vorgehen unbedeutend gewesen sei, sah der Aufsichtsrat die Angelegenheit als erledigt an. Er stellte jedoch das Verlangen, daß unter allen Umständen in Zukunft ähnliche Eingriffe des Betriebsrates in die Befugnisse der Direktion zu unterbleiben haben. Nach Erledigung der Tagesordnung nahm der Vorsitzende Veranlassung, den Mitgliedern des Aufsichtsrates und der Direktion für ihre aufopferungsvolle und uneigennütige Arbeit im Interesse des Unternehmens zu danken. Er wies insbesondere darauf hin, daß in den letzten Jahren infolge der unglücklichen allgemeinen Verhältnisse die Wirtschaftsprognosen im Vordergrund der Erörterung gestanden hätten, und daß es daher bisher nicht möglich gewesen sei, auf technischem und verkehrlichem Gebiete so voranzukommen, wie es im Interesse der Bevölkerung wünschenswert gewesen wäre. Die in letzter Zeit eingetretene merkliche Besserung der Einnahmen lasse jedoch die Hoffnung zu, daß es nach Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten möglich sein werde, das Unternehmen auch auf diesem Gebiete weiter zu entwickeln. Er schloß mit dem Wunsche, daß die Große Berliner Straßenbahn auch in dem neuen Berlin ihrer glanzvollen Vergangenheit entsprechend ihren Platz im Groß-Berliner Wirtschaftsleben behaupten werde.

Razza in Lichtenberg. Ein Bild von der Verwahrlosung unserer Jugend gab eine Razzia, die in der vergangenen Nacht in den nächtlichen Anlagen von Lichtenberg veranstaltet wurde. Das nächtliche Treiben dort veranlaßte die dortige Kriminalpolizei zu einer umfassenden Streife. Unter Leitung des Kriminalkommissars Dr. Götz durchstreiften 20 Beamte die Anlagen und fixierten alle dort angetroffenen Personen. Dabei stellte sich heraus, daß in der Hauptgasse junge Burken und Mädchen von 14 bis 18 Jahren sich hier zum nächtlichen Stillweilen getroffen hatten.

Vom amerikanischen Liebeswerk. Die „The Charity Bazar Association“ in Milwaukee, welche sich an dem großen amerikanischen Liebeswerk für die deutschen Kinder mit besonderer Dringlichkeit beteiligt, hat wieder einen neuen Beweis ihrer legendären Tätigkeit durch Uebermittlung einer größeren Summe an den hiesigen Adressat 9, Friedenstr. 51, Vorsitzerin Frau Professor Tiegler, gegeben.

Die Volkshöhne Zülphe. deren Vorsitzender Genosse Schiffe hat Malern-Belendorf H. eröffnet ihre Winterpielzeit durch ein Spiel des Volkstheater Schauspielhauses auf Veranlassung der Juleubereiter Ortsgruppe am Donnerstag, den 7. Oktober, 7 1/2 Uhr, in Juleubereiter Wille, im Mozartsaal des Vinkenparks. Gegeben wird das humorvoll-satirische Lustspiel von Ludwika Hulda: Augenfreunde. Es wird die als angenehme Pflicht empfundene Aufgabe der Juleubereiter Genossen sein, das Bestreben des Vereins, der ganz im Sinne der Volkshöhne arbeitet, zu unterstützen.

Volksbildungsamt Reutlin. Am 10. Oktober, abends 7 Uhr, finden folgende Veranstaltungen statt: a) In der Realschule, Bobbinstraße 34/35, Lichtbildvortrag des Herrn Urban: „Wälsche Heimat“, Eintritt 75 H., Garberode 20 H. b) Im Kaiser-Friedrich-Konvaleszenzheim, Kaiser-Friedrich-Straße 208/210, Reuterrestationen: Herr Brandt, Gesänge: Fräulein Angewandte, Eintritt 1 M., Garberode 20 H. Eintrittskarten sind erhältlich: Volksbildungsamt, Rathaus, Zimmer 218, Kunst- und Bildergalerie, alles Rathaus, Zimmer 463, bei Sabing, Fagart, 43, Weltbühnenamt, Kaiser-Friedrich-Straße 2, Koffert, Hermannstraße 60, zurück Redar, 3 und Oster Str. 82. In dem am 8. Okt., abends 7 1/2 Uhr, im dem großen Saal der Reuen Welt stattfindenden Wagner-Abend mit dem Philharmonischen Orchester und namhaften Solisten, sowie zu dem am 12. Oktober ebenfalls stattfindenden Konzert mit dem Bläser-Orchester (K. Elmson von Bartholomäus) sind Karten zum Preis von 2,40 M. im Volksbildungsamt, Rathaus, Zimmer 218, von 9 bis 2 und 5-7 erhältlich.

Volksbildungsamt Pankow. Die Kurse für das Bierielsjahr Oktober-Dezember 1920 beginnen am 18. Oktober. Anmeldungen in der Theaterkassette der Gemeinde und im Geschäftszimmer der Volksbildungsamt, Breite Straße 37, geöffnet Montag, Mittwoch, Freitag 5-7 nachm. Erwerbloslose erhalten kostenlose Teilnehmerkarten nur an der Theaterkassette, Rathaus, Zimmer 27, 9-2 Uhr.

Eine Protokollversammlung der Gledler und Kleingärtner, der Wohnungsluften, der Kriegsdienstbeschäftigten und Kriegserwitwen, die alle demnächst Stedlungs- und Gartenland brauchen, findet am Donnerstag, den 7. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Deutschen Hause in Karlshorst, Treptowallee 97, statt. Tagesordnung: Protest gegen die Verweigerung von Stedlungsland durch Herrn v. Trecklow und den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg sowie durch die Militärverwaltung des Flugplatzes bzw. den Herrn Reichslandwirtschaftsminister.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, 7. Oktober:
Hallenberg, Mit-Offenide, Frauenabend 7 1/2 Uhr bei Klingenberg, Schönerberg Str. 24. Ref.: Genosse Langenbrückel-Ruben: „Unser Programm“.

Gewerkschaftsbewegung

Nach einem Jahre.

In feierlicher Erinnerung sind noch die von „revolutionärer“ Vergeisterung durchdrängten Reden Dikmanns, des jetzigen Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes, die er auf den Kurhager und Stuttgarter Kongressen des vorigen Jahres zur Freude aller Radikalen hielt. Heute, da er auf verantwortungsvollem Posten steht, hat er eingesehen, daß auch der ungeschwämme Stürmer nur mit Wasser kochen kann. Keulich hielt er in einer Metallarbeiterversammlung in Dresden ein großes Referat über die derzeitige wirtschaftliche Krise und ihre Lösung. Dem Bericht unseres Dresdener Bruderorgans entnehmen wir darüber folgendes:

In zweistündiger Rede ging Dikmann auf viele Einzelheiten ein, die der Zeitungsläser kennt. Als er endlich darauf zu sprechen kam, wie aus dem ganzen Land herauszukommen sei, da klang es diesmal ganz anders wie einst. Heute konnte der Redner keine anderen Mittel ansetzen als die, die von der alten Sozialdemokratie immer empfohlen sind: Die Arbeiterschaft soll sich durch planvolle Wirtschaften und Aufsichtsräte nicht das Heft aus der Hand nehmen lassen; die Wirren müssen aufhören; man muß den Mut haben, gegen den Störan der Unausgeklärten zu schwimmen; der Gossentun und die Beschimpfungen in den Debatten, das gegenseitige Zerfleischen muß aufhören; den hohen Kaufmännern müssen die Wege gewiesen werden. Wir haben wieder von Osten noch von Westen Hilfe zu erwarten, der deutsche Arbeiter muß sich selbst helfen; der französische hat nicht die Kraft, dem dazwischen Kapitalismus entgegenzutreten; der Versailler Gewaltfriede muß verschwinden. Nicht durch Weltrevolution und Diktatur können wir aufbauen; wir sind abhängig von den ökonomischen Verhältnissen. Politische Arbeiterräte machen Unfug; eine Utopie ist es, mit politischer Macht die Verhältnisse kommandieren zu wollen; die wirtschaftlichen Räte sind ein Mittel zur endlichen Sozialisierung. Man hat sich früher zu wenig mit dem Uebergang zum Sozialismus beschäftigt. Es muß ein geistiger Umstellungsprozess eintreten. Die Amsterdamer Gewerkschaftszentrale als „gelb“ zu bezeichnen, wie die Russen es tun, ist eine Verleumdung. Kein Anschluß an Moskau!

So redet heute ein Dikmann, der jeden, der vor einem Jahre dieselben Worte gebrauchte, einen Verräter schimpfte. Werkt die Arbeiterschaft nun bald, wer sie verraten und unglücklich gemacht hat?

Der Streik im Zeitungsgewerbe.

Die streikenden Angestellten des Zeitungsgewerbes hatten sich Mittwoch früh wieder äußert zahlreich im „Deutschen Hof“ versammelt. Wesentlich Neues konnte nicht berichtet werden. Die Meinung zum Ausbarken fand begeisterte Zustimmung bei den Versammelten, die noch der alte Kampfsgeist beherrscht. Aus der Versammlung bog sich die Streikleitung zum Schlichtungsausschuss, um zu verhandeln.

Generalversammlung der Buchbinder.

Der Verband der Buchbinder und Papierarbeiter (Ordnungsverwaltung Berlin) setzte am Dienstag die Generalversammlung fort, die am 22. September nicht zu Ende kam. Es wurde über die zurückgebliebenen Anträge verhandelt. Einstimmig beschlossen wurde auf Antrag der erweiterten Ortsverwaltung, den Verbandsdirektor aufzufordern, sofort aus der Arbeiterschaft auszutreten. Weitfalls einstimmig angenommen wurde ein Antrag, daß in Versammlungen und Sitzungen die Mitglieder durch geeignete Referenten mit dem Wesen des Sozialismus vertraut gemacht werden. — Dann lag ein Antrag von Hoffmann vor, beim Verbandsvorstand zu beantragen, die „Buchbinder-Zeitung“ fortan in der Buchdruckerei der „Freiheit“ (statt in der des „Vorwärts“) herstellen zu lassen. Die erweiterte Ortsverwaltung hat sich mit dem Antrag beschäftigt und schlägt vor, Fall des Antrages Hoffmann folgenden Antrag anzunehmen: Die Generalversammlung empfiehlt dem Verbandsvorstand, bei Verlegung von Druckaufträgen die beiden Berliner sozialistischen Druckereien („Vorwärts“ und „Freiheit“) zu berücksichtigen. — Nach lebhafter Diskussion wurde der Antrag Hoffmann, der die Herstellung der „Buchbinder-Zeitung“ in der Freiheitdruckerei wünscht, mit 118 gegen 102 Stimmen angenommen. Der Antrag der Ortsverwaltung wurde nicht als dadurch erledigt erachtet; gemäß diesem Antrage wurde beschlossen, daß der Verbandsvorstand beiden sozialistischen Druckereien Aufträge zukommen lassen möge.

Ein Antrag Schumacher, daß der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ die „Kämpferin“ für die weiblichen Mitglieder zu beziehen, und ein Antrag Kasper, den weiblichen Mitgliedern die „Kommunistin“ zu liefern, wurden zurückgezogen zugunsten eines Antrages der erweiterten Ortsverwaltung, alle drei Frauenzeitungen, d. h. die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“, die „Kämpferin“ und die „Kommunistin“ den weiblichen Mitgliedern in je 1000 Exemplaren zu liefern. Dieser Antrag wurde angenommen. Es folgten zu den Reden in den Betrieben die Gelegenheitsgebote werden, die geistige Kraft sich auszusuchen, die ihnen befehlt. Das von der einzelnen gewünschte Wort wird ihr unentgeltlich geliefert.

50 Proz vom Ueberstundenlohn zugunsten der Arbeitslosenunterstützung an die Volkskasse abzuführen, wurde gegen wenige Stimmen beschlossen.

Der Beschluß der Generalversammlung vom 22. September über den Ertragsbeitrag, der der erhöhten Arbeitslosenunterstützung zugute kommen soll, hat aus Mitgliederkreisen Aufregung erregt, namentlich auch im Hinblick auf die noch recht niedrigen Löhne in der Zugschuldpapierindustrie. Dem soll Rechnung getragen werden durch folgenden Beschluß, der nach einer lebhaften Debatte gefaßt wurde: Der Beschluß der letzten Generalversammlung über die Zahlung eines wöchentlichen Ertragsbeitrages von 9 M. durch die männlichen und von 1 M. durch die weiblichen Mitglieder wird mit der Maßgabe aufrechterhalten, daß die männlichen Mitglieder aus der Zugschuldpapierindustrie nur 1,50 M. Ertragsbeitrag leisten brauchen.

Zur Lohnbewegung der Töpfer.

Ueber den Stand der Lohnbewegung der Töpfer wurde Dienstag abend in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung Bericht erstattet. Die Arbeitgeber beharren immer noch auf ihrem ablehnenden Standpunkt. Nach eingehender Debatte entschied sich die Versammlung unter Ablehnung eines weitergehenden Antrags dafür, daß die Lohnkommission nochmals verhandelt.

In die Adresse des Betriebsrätekongresses richtet sich eine von der Versammlung angenommene Resolution, in der noch allgemeinen Ausführungen gesagt wird:

Es ist Aufgabe der Betriebsräte, mit allen Mitteln den Kampf gegen die Arbeitergemeinschaft, gegen das Unternehmertum zu organisieren, die Kontrolle der Produktion zu erzwingen. Die Betriebsräte müssen überall, zusammengefaßt in enger Verbindung mit den Gewerkschaften, diesen Kampf organisieren. Wir verlangen, daß die gewählten Betriebsräte, die auf dem Betriebsrätekongress versammelt sind, rücksichtslos für folgende Forderungen eintreten:

Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte und die aus diesen Betriebsräten hervorgehenden Organe (örtliche Betriebsrätezentralen und Volksgangsausschuss des Reichsbetriebsrätekongresses). Aufgabe der Arbeitergemeinschaft mit dem Unternehmertum und rücksichtsloser Kampf gegen alle Widerstände des Unternehmertums.

Die Differenzen bei der „Victoria“.

Dem Betriebsrat der „Victoria“ wird mitgeteilt, daß die in der bürgerlichen Presse verbreiteten Nachrichten über die Vorgänge bei der Versicherungsgesellschaft „Victoria“ in keiner Weise den Tatsachen entsprechen und nur dazu dienen sollen, das Publikum irrezuführen und es gegen die Angestellten aufzubringen. Der Betriebsrat stellt ausdrücklich fest, daß von passiver Resistenz der Angestellten nie gesprochen worden ist, weder haben der Betriebsrat, noch die Organisationen jemals die Anwendung dieses Kampfmittels empfohlen. Der hartnäckige Standpunkt des Arbeitgeberverbandes ist die alleinige Ursache der Demonstrationen gewesen. Die Angestellten sind nach wie vor bereit, ihren Dienst zu versehen. Nach am Freitag erklärte die Direktion dem Betriebsrat offiziell, daß an eine Schlichtung des Betriebes bzw. Aussperrung der Angestellten gar nicht zu denken sei. Der Betriebsrat fordert als die gesetzliche Vertretung der Angestellten die sofortige Aufnahme von Verhandlungen.

Arbeitslose Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Freitag, den 8. Oktober 1920, nachmittags 1 Uhr, Arbeitslosenversammlung in der Köpenicker-Bräuerei, Grenzallee 11, Ecke Saarbrücker Straße. Tagesordnung: Was soll jetzt die in der Berliner Holzindustrie? und Renntwahl der Arbeitslosenkommission. Mitgliederbuch oder Kontrollkarte legitimiert. Die Arbeitslosenkommission. Die Ortsverwaltung.

Arbeitnehmerverband des Fein- und Haargewerbes. Generalversammlung 7. d. M., abends 8 Uhr, Engelstraße 15. Ohne Mitgliederbuch kein Zutritt.

Rund der technischen Angestellten und Beamten. Dienstag, den 7. Oktober 1920, abends 7 1/2 Uhr, in Saarbrücker Hof, O. 112, Frankfurt a. M. ca. 113: Monatsversammlung.

Wirtschaft

Leipziger Spinnfabrik Barth u. Co. N. O. Die Generalversammlung schloß die Dividende auf 20 Proz. und den Bonus in gleicher Höhe fest. Die Ausschüttungen wurden als fünfzig bezeichnet; sowohl aus dem Ausland als auch aus dem Inland liegen reichlich Aufträge vor, für welche die Rohmaterialien zu vorzuziehenden Preisen eingehandelt sind.

Ein größerer Geschäftsabschluß mit Rußland. Nach einer Umschreibung Meldung der „Telegraphen-Union“ ist der erste große Geschäftsabschluß in Werkzeugen für Rußland erzielt worden. Es handelt sich dabei um russische Aufträge in Sägen für die Holzbearbeitung im Werte von mehreren Millionen Mark. Das Geschäft ist für die Reichswehrfabrikanten finanziell durchaus sichergestellt und gewährt der Eisenindustrie für die nächste Zeit Lohnende Beschäftigung, an der es in allen Geschäftszweigen der Werkzeugindustrie jetzt vollständig fehlt. Weitere umfangreiche russische Bestellungen in Werkzeugen sind angehängt und können hereingenommen werden, sobald es gelingt, eine gesicherte Verbindung mit Rußland herzustellen.

Die Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, die als die erste seit Kriegsbeginn vom 16. bis 21. Juni 1921 in Leipzig-Thonberg veranstaltet werden wird, wird, abgesehen von Pferden, Äckern, Schafen und Schweinen, die aus nahegelegenen Gründen noch nicht wieder an einer Ausstellung teilnehmen können, alle Gruppen anhalten, die in den Friedensjahren das Interesse der Besucher erweckt haben. Außer durch Regen wird die deutsche Kleintierzucht, die heutzutage die besondere Aufmerksamkeit des Volkswirtes erfordert, mit Geflügel, Kaninchen, Fischen und Schäferhunden vertreten sein. Eine umfangreiche Ausstellung ist in den Gruppen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu erwarten. Außer Saatgetreide, Hackfrüchten, Futtergewächsen und Spinnpflanzen wird der deutsche Tabakbau, die Moorkultur, der Obst- und Gemüsegartenbau, Milch- und Viehwirtschaft und vieles andere zur Stelle sein. Auch das Stedlungswesen und die wissenschaftliche Darstellung versprechen eine hervorragende Beteiligung. Nicht minder erhellend wird das landwirtschaftliche Maschinenwesen auf der Ausstellung vertreten sein. Die Hauptprägen der Dampfersteuer und Kartoffelzüchter sind zurzeit bereits in die Wege geleitet. Ebenso werden die an der Hauptprüfung für Kleindrillmaschinen und ihre Bodenbearbeitungsgeräte des Ostlandes beteiligten Maschinen auf der Ausstellung vorgeführt werden. Aber auch sonst ist eine große Zahl von Maschinen- und Gerätemustern zu erwarten.

Glückliche Kohle. Welche tiefgreifenden Veränderungen der Weltkrieg in den wirtschaftlichen Beziehungen der Völker hervorgerufen hat, zeigt die Nachricht, daß auf dem europäischen Markt zum erstenmal in der Wirtschaftsgeschichte Europas chinesische Kohle abgesetzt werden soll; heißt es doch, daß Dänemark 10000 und Frankreich 100000 Tonnen erhalten werden. Vor dem Kriege wurde der europäische Kohlenbedarf fast ausschließlich aus den englischen und deutschen Bergwerken gedeckt. Der enorme Rückgang der Förderung in diesen Ländern hat dann amerikanische Kohle in wachsendem Maße nach Europa geführt und zwingt nun sogar zum Bezug durchsichtiger „schwarzer Diamanten“. Gewiß hat man schon immer mit dieser Kohle getradelt, wenn nämlich Europas Kohlenreichtum erschöpft sei, aber man glaubte das doch noch in recht weiter Ferne. Nun hat sich mit einem Schlag das Bild geändert. Dem europäischen Wirtschaftsleben fließt aus eigenem Vorrat nicht mehr genug Lebensblut zu.

Soziales.

Das freie Angestelltenrecht.

Seit Beginn des Jahres 1919 warten die Angestellten der sozialen Versicherungsträger nun schon auf eine durchgreifende Neuordnung des bisher geltenden Angestelltenrechts.

Bis zum Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes galten allgemein nur die §§ 340-362 der R.V.O. für die Angestellten der Krankenversicherung, für die der Berufsgenossenschaften und der Invalidenversicherung die §§ 600-705 bzw. 1147 der R.V.O., die als das Recht der Angestellten lediglich die Bestimmungen enthielten, daß bei der Beratung der Dienstordnung, der die Angestellten unterstellt waren, die volljährigen Angestellten zu hören waren. Daß bei dieser mehr als kümmerlichen Rechtsbemessung für die Angestellten nur dann etwas Erspriechliches herauszubringen konnte, wenn diese sich auf eine genügend starke Organisation stützen konnten und wenigstens bei einem Teil der sogenannten Arbeitgeber bei den Versicherungsträgern eine gute Dosis sozialen Verständnisses vorhanden war, versteht sich von selbst. Allgemein darf behauptet werden, daß die Rechte der Angestellten bei allen Versicherungsträgern bis vor kurzer Zeit, soweit es sich um Entlohnung und Mitbestimmungsrecht handelte, genau den minderwertigen Bestimmungen der oben angeführten Paragraphen entsprachen. Selbst die Auswirkungen der Revolution von 1918 zeitigten erst ganz allmählich eine Wendung zum Besseren, und erst das so viel geschmähte Betriebsrätegesetz brachte für diese Angestelltenkategorie eine durchgreifende Besserung der bestehenden Verhältnisse, weil es die Rechte derselben auf eine breitere und vor allem auf eine Grundlage stellte, die den Intentionen und Wünschen der freien Gewerkschaften wenigstens einigermaßen entspricht.

Legte die Reichsversicherungsordnung die Beschäftigung über Reichsweitigkeiten zwischen Versicherungsträgern und Angestellten ausschließlich in die Hände der Versicherungsämter, so kann nach der allgemein geltenden Rechtsauffassung, daß neue Gesetze alte aufheben, angenommen werden, daß durch die §§ 66, 75, 80 und 87 des Betriebsrätegesetzes die entsprechenden Paragraphen der Reichsversicherungsordnung illusorisch geworden seien und die Gestaltung des Angestelltenrechts den Versicherungsträgern und den Betriebsräten bzw. den hinter den Angestellten stehenden Organisationen generell übertragen wird, und daß die Verteilung von Streitigkeiten zwischen diesen Körperschaften nur noch von den Schlichtungsausschüssen zu regeln seien.

Nun hat sich aber der Preussische Minister für Volkswohlfahrt bemogen gefühlt, den ausgeschalteten Versicherungsämtern zu Hilfe zu eilen, indem er in seinem Erlass vom 15. Mai 1920 (R.V.O. 159) folgendes verfügt: ... Wenn der Betriebsrat einer Klasse gemäß § 66 Nr. 3 des Betriebsrätegesetzes den Schlichtungsausschuss oder eine vereinbarte Schlichtungsstelle oder Einigungsstelle anruft oder nach Nr. 5 daselbst Dienstverhältnisse oder Änderungen derselben den Kassenvorständen vereinbart, wenn er ferner nach § 78 Nr. 2 bei der Regelung des Arbeitsverhältnisses mitwirkt, nach Nr. 8 mit den Kassenvorständen Richtlinien über die Einstellung von Angestellten vereinbart oder bei Entlassung solcher mitwirkt, so ist gleichwohl bei entstehenden Streitigkeiten ein Verfahren bei den Versicherungsbehörden nach § 355 R.V.O. zulässig. ...

Das besagt also nichts anderes, als daß die Reichsversicherungsordnung über das Betriebsrätegesetz gestellt wird und daß die durch das Betriebsrätegesetz gewährleistete freiere Ausgestaltung des Angestelltenrechts auf vorkriegszeitliche, fast vorurteilliche Bestimmungen zurückgeschraubt werden kann. Zwar soll anerkannt werden, daß zum Teil in die Amtsstuben der Versicherungsämter in letzter Zeit auch schon ein etwas freierer Luftzug hineingekommen ist, doch weiß kein noch niemand, wie lange diese Wendung zum Besseren anhält. Die freigeberisch organisierten Angestellten der Versicherungsträger sehen jedenfalls in ihrer Organisation, in ihren Betriebsräten und den Schlichtungsausschüssen weit bessere Interessensvertretungen, als in den Versicherungsämtern, sonst könnten sie nur gleich dem reaktionären Streben der sogenannten gelben oder blauen Angestelltenverbände Folge leisten und für eine, unter Außerachtlassung des Betriebsrätegesetzes zu schaffende neue gesetzliche Regelung des Angestelltenrechts mit Vorschriften über Pflichten, Vorbildung, Prüfung und Strafen, die in die Reichsversicherungsordnung hineingearbeitet wird, eintreten.

Bei dem freigeberischen Geh, der heute die gesamte Angestelltenchaft, mit wenigen Ausnahmen beherzigt, würde die Erhaltung der alten, oder die Schaffung entsprechend neuer Aufsichtsbehörden nicht zu einer Klärung der Verhältnisse führen, sondern nur neuen Konfliktstoff anjammeln lassen, der über kurz oder lang zu einer gewalttätigen Entladung kommen muß und eine tiefste Schädigung aller beteiligten Kreise heraufbeschieden würde.

Bei allen Versicherungsträgern, bei denen die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nach tariflicher Vereinbarung mit den freien Gewerkschaften unter Mitwirkung der Betriebsräte stattgefunden hat, sind die Verhältnisse zu heiderseitiger Zufriedenheit geordnet worden. Lasse man also den Versicherungsträgern das erstrebte Selbstverwaltungsrecht bezüglich ihrer Angestellten und diesen ihre volle gewerkschaftliche Freiheit, dann werden alle Teile, auch die Versicherten, am besten dabei fahren. Eine durch eine freie Gewerkschaft vertretene Angestelltenchaft bietet die Gewähr, daß sie ihre Forderungen nicht überspannen wird, denn sie ist fleisch vom fleisch der gesamten Arbeitererschaft. Die Schaffung eines besonderen Beamtenrechts oder dergleichen würde die Angestelltenchaft nur ihrem bisherigen Kreise entfremden, würde sie zu einem gewissen Standesdünkel und damit zu einer erheblichen, vielleicht nicht nur moralischen, sondern auch materiellen Schädigung der Versicherungsnehmer führen.

Carl Schulz.

Aus aller Welt.

Beihilfe des Reichs für Luftfahrtunternehmungen? Für private Unternehmungen, die sich zur Unterhaltung eines regelmäßigen öffentlichen Luftverkehrs auf bestimmten Linien verpflichten, sind im Mai und August d. J. 7 Millionen Mark aus Reichsmitteln bewilligt worden. Diese Beihilfe soll, wie wir hören, für das laufende Rechnungsjahr auf 12 Millionen Mark erhöht werden. Außerdem soll der deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt, die bekanntlich für die technische Ausbildung der einschlägigen Probleme von der allergrößten Bedeutung ist, ohne Erwerbseinkommen zu verfolgen, wie in den früheren Jahren so auch für 1920 ein Reichszuschuß gewährt werden.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Schachverein Ramentod. Spielabend jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, Restaurant Otto, Pallastend, 4. — Verein ehem. Angeh. d. R. V. M. S. 8 Uhr Bergisch-Staffeln, Karlsruherplatz 2, Mitgliederversammlung. Anschl. am. Belanmenlein.

Veranst. für den rebalt. Zell: Dr. Werner Keller, Charlottenburg für Unstätt: Dr. Gode, Berlin. Vortrag: Vorwärts-Verlag G. u. S. Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag u. Verlagshaus Paul Straß u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.